

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Frau Wyttenbach	<i>Sie bekommen einen kleinen Sachverhalt ausgehändigt. Überlegen Sie sich beim Lesen, was die wesentlichen Elemente sind, welche Abklärungen nötig sind und in welchen Schritten Sie diese vornehmen.</i>	Es handelt sich um eine Verfügung des Regierungsstatthalteramts (RSA). Ein Betrieb wurde für 30 Tage geschlossen. Meine erste Frage ist, wann der Entscheid gefällt wurde und welche Fristen massgebend sind, um den Entscheid noch anfechten zu können.
		<i>Was ist die Verfügungsgrundlage?</i>	Das GGG (es wird ein Auszug mit den wesentlichen Gesetzesartikeln ausgehändigt).
		<i>Um was für eine Bewilligung handelt es sich verwaltungsrechtlich?</i>	Die Gastgewerbebewilligung ist eine typische Polizeibewilligung.
		<i>Was ist eine Polizeibewilligung?</i>	Eine Polizeibewilligung ist für Tätigkeiten nötig, welche aus sicherheitspolizeilicher Sicht eine Beschränkung und Kontrolle benötigen und wozu gewisse Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit man die Bewilligung erhält.
		<i>Welches ist hier die gesetzliche Grundlage der Bewilligung?</i>	Art. 6 GGG, Betriebsbewilligung.
		<i>Gibt es eine Bestimmung, welche die vorübergehende Schliessung erlaubt?</i>	Art. 38 GGG (die verschiedenen Gründe nennen).
		<i>Was für eine Verfügung ist das verwaltungsrechtlich?</i>	Eine negative.
		<i>Ändert die Verfügung etwas am Rechtsbestand?</i>	Ja, es ist also eine positive Verfügung und keine negative.
		<i>Was ist das Ziel der vorübergehenden Schliessung?</i>	Der ordnungsgemässe Ablauf soll gesichert werden, hier hat die vorübergehende Schliessung sicherlich auch Strafcharakter.
		<i>Wie gehen Sie gegen die Verfügung vor?</i>	Es handelt sich um eine Verfügung des RSA, ich schaue im Spezialgesetz. Der Entscheid ist bei der VOL anfechtbar, im Übrigen ist das VRPG anwendbar. Ein anfechtbares Objekt liegt vor.
		<i>Gestützt worauf – im VRPG – haben Sie die Zuständigkeit?</i>	Art. 62 Abs. 1 lit. b VRPG.
		<i>Was prüfen Sie weiter?</i>	Ob die (formelle und materielle) Beschwerdebefugnis vorliegt, ist hier gegeben.
		<i>Ist X formelle oder materielle Verfügungsadressatin?</i>	Sie ist materielle Verfügungsadressatin, da mit ihr Rechte und Pflichten begründet werden. Das aktuelle und praktische Interesse erscheint mir jedoch fraglich, da die Schliessung nur für 30 Tage angeordnet wurde und das Verfahren schätzungsweise länger dauern wird.

*Wurde die Schliessung direkt vollzogen? Im Sachverhalt findet sich dazu ja nichts. Was sagt das Gesetz dazu?*

*Nehmen wir an, das RSA hat einer Beschwerde die aufschiebende Wirkung entzogen. Ist das möglich?*

*Wie wirkt der Entscheid der VOL?*

*Wie formulieren Sie das Rechtsbegehren in der Beschwerde?*

*Genügt das?*

*Im materiellen Teil der Beschwerde müssen Sie die Probleme vorbringen. Welche Beschwerdeggründe (Art. 66 VRPG) können Sie vorbringen?*

Gemäss GGG hat ein Fall von Art. 38 Abs. 1 GGG keine aufschiebende Wirkung. Hier handelt es sich aber um einen Fall von Art. 38 Abs. 2 GGG. Deshalb ist bezüglich der aufschiebenden Wirkung das VRPG massgebend. Art. 68 VRPG – die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

Bei wichtigen Gründen ist es grundsätzlich möglich. Hier fehlt allerdings das öffentliche Interesse am sofortigen Vollzug der Verfügung, da ihr ja vor allem Strafcharakter zukommt.

Devolutiv.

Es sei die Verfügung des RSA betreffend die Schliessung aufzuheben.

Ja, dann kann X die Betriebsbewilligung weiterhin ausüben und den Betrieb offen lassen.

X hat verbotene Internetspiele angeboten, es besteht also kein zwingender Zusammenhang mit dem Gastgewerbebetrieb an sich (z.B. Sauberkeit). Deshalb darf das keinen Einfluss auf die Betriebsbewilligung haben. Eine unvollständige Sachverhaltsermittlung liegt nicht vor, allerdings kann ich eine Rechtsverletzung rügen, da Art. 38 GGG nicht erfüllt ist. Betreffend die Länge der Schliessung kann ich Unangemessenheit rügen.

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Herr Schnell	<i>Ein Beschuldigter wird in U-Haft versetzt. Braucht er einen Verteidiger?</i>	Art. 130 StPO – Falls die U-Haft mehr als 10 Tage dauert, braucht er zwingend einen Verteidiger.
		<i>Gibt es weitere Fälle der notwendigen Verteidigung?</i>	Ja, sie finden sich in Art. 130 StPO. (Fälle aufzählen)
		<i>Der amtliche Verteidiger merkt, dass der Beschuldigte geistig nicht in der Lage ist, die Folgen eines Geständnisses nachzuvollziehen. Vor der Polizei, der Staatsanwaltschaft und dem ZMG bereits ein Geständnis abgelegt. Was tun Sie?</i>	Ein Widerruf des Geständnisses ist möglich. Ich versuche dem Klienten nahezu legen, seine Geständnisse zu widerrufen. Wenn er sich weigert, beantrage ich das Einholen eines psychiatrischen Gutachtens, um seinen geistigen Zustand offen legen zu können.
		<i>Was machen Sie mit den Protokollen, da ist ja das Geständnis bereits drin?</i>	Ich stelle bei der Staatsanwaltschaft einen Antrag auf Entfernung der Protokolle aus den Akten.
		<i>Die Staatsanwaltschaft (Stawa) weist Ihren Antrag ab. Was tun Sie?</i>	Ich prüfe, ob ich diesen negativen Entscheid mit Beschwerde anfechten kann.
		<i>Was ist das für ein Antrag?</i>	Es handelt sich um einen Beweisantrag. Er ist nur anfechtbar, wenn der Antrag nicht ohne Rechtsnachteil vor der ersten Instanz nochmals vorgebracht werden kann. Da dies hier nicht möglich ist – das Gericht könnte durch das Geständnis in den Protokollen voreingenommen sein – ist eine Anfechtung zulässig.
		<i>Welche Voraussetzung verlangt die Beschwerdekammer noch, damit auf die Beschwerde eingetreten wird?</i>	Es braucht ein rechtlich geschütztes Interesse, was hier vorliegt.
		<i>Warum übt die Beschwerdekammer Zurückhaltung beim Eintreten?</i>	Die Sache muss liquid sein, damit die Beschwerdekammer eintritt.
		<i>Die Beschwerdekammer wird ohne ein Gutachten wohl nicht eintreten. Ist der Nichteintretensentscheid anfechtbar?</i>	Art. 78 BGG – Es handelt sich um einen Prozess-, nicht um einen Sachentscheid und weiter um einen Zwischen-, nicht einen Endentscheid. Art. 90-93 BGG – die Beschwerde ist möglich bei einem nicht wiedergutzumachenden Nachteil.
		<i>Verlangt das Bundesgericht mehr als einen nicht wiedergutzumachenden Nachteil?</i>	Einen Rechtsnachteil und ein aktuelles praktisches Interesse.
		<i>Zum Beweisrecht: Welche verschiedenen Kategorien sieht die StPO vor?</i>	Die Beweismittel sind in Art. 139 ff. StPO geregelt.
		<i>Art. 140 und 141 StPO – Wie sagt man denen?</i>	Das sind zwingende Vorschriften.
		<i>Alle?</i>	Art. 140 StPO ist absolut zwingend, bei einem Verstoss sind die Beweismittel unverwertbar.

		<p><i>Es gibt qualifizierte und einfache Gültigkeitsvorschriften und Ordnungsvorschriften. Sie werden in der Literatur abgegrenzt. Kennen Sie eine einfache Gültigkeitsvorschrift?</i></p> <p><i>Was ist eine qualifizierte Gültigkeitsvorschrift?</i></p> <p><i>Ist das Teilnahmerecht eine einfache oder qualifizierte Gültigkeitsvorschrift?</i></p> <p><i>Sie sind Staatsanwalt. Die Polizei teilt Ihnen mit, dass der Gesuchte gestern Abend um 18:00 Uhr bei der Grenze in Chiasso gefasst wurde. Sie wollen U-Haft beantragen. Was tun Sie in welcher Zeit?</i></p> <p><i>Was machen Sie mit einem negativen Entscheid des ZMG?</i></p> <p><i>Was stellen Sie für ein Rechtsbegehren?</i></p>	<p>Meist sind es Ordnungsvorschriften, z.B. die Fristen.</p> <p>Z.B. die Rechtsbelehrung und die Unterschrift der befragten Person auf den Protokollen.</p> <p>Art. 147 StPO – Das Protokoll darf nicht zulasten der abwesenden Person verwendet werden. Es handelt sich also um eine qualifizierte Gültigkeitsvorschrift.</p> <p>Innerhalb von 48 Stunden seit der Festnahme muss ich beim ZMG einen Antrag auf U-Haft stellen. Das ZMG hat dann für seinen Entscheid ebenfalls 48 Stunden Zeit. Bei den Fristen handelt es sich um Ordnungsvorschriften, die 96 Stunden dürfen gesamthaft einfach nicht überschritten werden.</p> <p>Ich muss den Entscheid innert 3 Stunden mit Beschwerde anfechten. Innert dieser Zeit darf der Beschuldigte nicht freigelassen werden.</p> <p>Ich beantrage die aufschiebende Wirkung, dass der Beschuldigte in U-Haft zu setzen ist und zusätzlich die superprovisorische Haftansetzung, da der Beschuldigte ansonsten bis zum Entscheid freigelassen werden müsste.</p>
--	--	--	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Daniel Bähler	<i>[Es wird ein Sachverhalt abgegeben.]</i>	
		<i>Sie haben folgenden Sachverhalt: Eine Familie, Valentin (V), wohnhaft im Aargau, und Melanie (M), wohnhaft in Biel, sind geschieden und haben den gemeinsamen Sohn Samuel (S), 17-jährig. Die Obhut für S liegt bei M. S besucht im Einverständnis beider Elternteile eine Privatschule. M ist wieder verheiratet mit David (D). S und M wollen mehr Unterhalt von V, da die Privatschule teurer geworden ist. Wie können sie das verlangen?</i>	Da V und M geschieden sind, liegt ein rechtskräftiges Scheidungsurteil vor, dessen Abänderung verlangt werden muss (Art. 284 ZPO).
		<i>Welche Rechtsschrift müssen Sie dafür schreiben? Der Anspruch an sich ist unbestritten, bestritten wird die Höhe.</i>	Ich muss eine Scheidungsklage einreichen. Eine Begründung ist dafür nicht nötig und der Schlichtungsversuch entfällt ebenfalls.
		<i>Bei welchem Gericht reichen Sie die Klage ein?</i>	Der Grundsatz ist in Art. 10 ZPO festgehalten – Beklagtenwohnsitz. Allerdings findet sich in Art. 23 ZPO eine Spezialvorschrift – die Klage ist am Wohnsitz einer Partei einzureichen.
		<i>Die Scheidung wurde in Bern vollzogen. Kann die Klage auch in Bern angehoben werden?</i>	Nein, es wird kein Gerichtsstand für das vorbefasste Gericht vorgesehen.
		<i>Sie müssen das Rubrum schreiben. Wer ist die klagende Partei?</i>	Anspruchsberechtigt ist S selbst. Da er aber noch nicht volljährig ist, vertritt ihn M vor Gericht aufgrund der elterlichen Obhut.
		<i>Kann M auch in eigenem Namen klagen?</i>	Nein, da es ein Anspruch von S ist.
		<i>Was ist unter Prozessstandschaft zu verstehen?</i>	Es wird ein fremdes Recht in eigenem Namen geltend gemacht. Die Legitimation zur Prozessstandschaft muss im Gesetz stehen, hier wäre sie im ZGB zu suchen.
		<i>Das Bundesgericht hat die Möglichkeit der Prozessstandschaft in diesem Fall bejaht, M könnte also auch in eigenem Namen klagen. Können Sie auch rückwirkend einen Anspruch geltend machen?</i>	Bis 1 Jahr rückwirkend ist möglich, ja.
		<i>Was ändert sich, wenn die Eltern V und M nicht verheirate waren?</i>	In dem Falle liegt kein rechtskräftiges Scheidungsurteil vor, das abgeändert werden kann/muss. V und M werden wahrscheinlich eine Unterhaltsvereinbarung geschlossen haben. S muss also eine Unterhaltsklage einreichen.
		<i>Welches Verfahren kommt zur Anwendung?</i>	Das vereinfachte Verfahren, Art. 295 ZPO.

*Bei welcher Behörde müssen Sie die Unterhaltsklage einreichen?*

*Welche Grundsätze gelten im vorliegenden Verfahren?*

*Was besagt der Offizialgrundsatz?*

*Was ist das Gegenteil des Offizialgrundsatzes?*

*S ist nun volljährig. Wie verläuft das Verfahren nun? S möchte wiederum für ein Jahr rückwirkend Ansprüche geltend machen.*

*Da stellen Sie sich die richtige Frage. Das Bundesgericht hat kürzlich in einem Urteil für Verunsicherung gesorgt. Wie verhält es sich mit den Ansprüchen für das Jahr, als S noch nicht volljährig war? Kann S diese auch geltend machen oder muss das noch M tun?*

*Könnte M auch selbstständig klagen?*

*Nehmen wir nun wieder an, S sei noch minderjährig. Sie sind Anwalt und entwerfen eine Klage für ihn. Sie bemerken, dass S nicht genug Geld hat, um den Gerichtskostenvorschuss zu bezahlen. Was tun Sie?*

*Wie ist es denn mit V, er ist ja weiterhin der Vater von S?*

*Sie stellen also ein Prozesskostenvorschussgesuch. Was beziehen Sie noch in dieses Gesuch ein?*

*Können Sie diese zwei Gesuche in einer Rechtschrift vereinen oder müssen Sie zwei Gesuche schreiben?*

Bei der Schlichtungsbehörde, da in Art. 198 ZPO keine Ausnahme vom Schlichtungsversuch vorgesehen ist.

Der Untersuchungs- und der Offizialgrundsatz.

Das Gericht ist nicht an die Anträge der Parteien gebunden.

Der Dispositionsgrundsatz.

S muss seine Rechte nun selbstständig einklagen. Ich stelle mir nun die Frage, ob noch immer die Kinderbelange betroffen sind oder ob es sich nun um eine „normale“ Leistungsklage handelt.

Aus Sicht der Prozessökonomie müsste das meines Erachtens S geltend machen können.

Nein, da S nun volljährig ist.

Grundsätzlich gibt es die Möglichkeit, ein Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege zu stellen. Da nun M wieder verheiratet ist, frage ich mich, ob nicht D zahlen müsste.

Ja genau, V ist vorschusspflichtig.

Ich integriere einen Eventualantrag auf unentgeltliche Rechtspflege, falls das Gericht das Prozesskostenvorschussgesuch abweisen wird.

Ich kann beide Gesuche vereinen.

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Herr Dzam-ko	<i>Wir schauen verschiedene kleine Fälle an. Falls ich nichts sage, antworten Sie gestützt auf das bernische Steuergesetz. Zuerst ein paar allgemeine Fragen zur Einkommenssteuer. Wie kommen Sie gemäss Gesetz vom Roheinkommen zum Reineinkommen?</i>	Das ist in Art. 19 StG geregelt.
		<i>Welche Abzüge können Sie vornehmen?</i>	Art. 30 StG (aufzählen).
		<i>Sie haben Aufwendungen genannt. Sie das organische oder anorganische Abzüge?</i>	Das sind organische Abzüge, die allgemeinen Aufwendungen sind anorganisch.
		<i>Sind alle allgemeinen Abzüge anorganisch? Z.B. die AHV?</i>	Ja, die AHV ist anorganisch. Der Konnex (obligatorischer Abzug vom Lohn) genügt nicht.
		<i>Was bedeutet „organisch“?</i>	Organische Abzüge sind notwendig für die Berufsausübung, z.B. die Kosten für den Arbeitsweg.
		<i>Kommen wir zum 1. Sachverhalt: Nationalrat (NR) X steht im Wahlkampf zwecks Wiederwahl. Er finanziert CHF 50'000.00 für den Wahlkampf aus eigenen Mitteln. Die Wiederwahl ist erfolgreich, X macht in seiner Steuererklärung Abzüge geltend. Unter welchem Titel wird er die wohl geltend gemacht haben?</i>	Es fragt sich, wie X angestellt ist.
		<i>Richtige Frage. Wir nehmen an, ein NR sei un-selbstständig.</i>	Dann stellt sich die Frage, ob es Berufskosten sind, ob die Ausgaben für den Wahlkampf also zwingend notwendig waren. Aus meiner Sicht ist das zu verneinen.
		<i>Ändert sich etwas, wenn es um die Erstwahl von X ginge?</i>	Nein.
		<i>2. Sachverhalt: Die R Immo AG mit Sitz in Bern hat 2013 einen Verlust von CHF 100'000.00 verzeichnet. Kann sie diesen Verlust steuerlich geltend machen?</i>	Der Gewinn wird folglich 0 sein und 7 Jahre lang ist ein Verlustvortrag möglich. Falls die AG Grundstückgewinnsteuern zahlen müsste (wovon ich nicht ausgehe), wäre dort ebenfalls eine Anrechnung möglich.
		<i>Wo finden Sie die gesetzliche Grundlage für den Verlustvortrag?</i>	Art. 93 Abs. 1 StG.
		<i>2014 hat die R Immo AG einen Gewinn von CHF 600'000.00 verzeichnen können. Wie hoch ist der für die Steuern relevante Gewinn?</i>	Die R Immo AG kann den Verlust des Vorjahres verrechnen, folglich resultiert ein Gewinn von CHF 500'000.00

*2007 hat die R Immo AG einen Verlust von CHF 100'000.00 gemacht, danach jeweils 0. Was ist die Folge davon?*

*Grundsätzlich entsprechend die Geschäftsjahre der R Immo AG den Kalenderjahren. 2008 hat die AG keinen Geschäftsabschluss gemacht, da sie bis Ende Mai 2009 ein Langjahr gemacht hat, dann bis Ende 2009 ein Kurzjahr und anschliessend wieder analog dem Kalenderjahr. Was ist die Folge für den Verlustvortrag?*

*Wo finden Sie die gesetzliche Grundlage für das Geschäftsjahr?*

*Lesen Sie Art. 107 Abs. 3 StG – ändert sich etwas?*

*Was stellen Sie sich für eine Vorfrage?*

*Sehen Sie ein handelsrechtliches Problem von Lang- und Kurzjahren?*

*Was wäre, wenn sie handelsrechtlich unzulässig wären?*

Der Verlust von 2007 ist noch abziehbar, da er noch innerhalb der letzten 7 Jahre liegt.

Der Abzug ist während 7 **Geschäfts**jahren möglich, folglich liegt der Verlust immer noch innerhalb von 7 Jahren.

In Art. 107 Abs. 2 StG.

Nein, da es sich nicht um eine Gründung handelt.

Ob der Vorgang handelsrechtlich zulässig ist wegen dem Massgeblichkeitsgrundsatz.

Nein, sie sind zulässig.

Dann würde die Steuerbehörde eine Korrektur vornehmen.